

DEUTSCHE WIRTSCHAFT DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK AN DER JAHRESWENDE 1965/66

An der konjunkturellen Situation, so wie sie hier vor zwei Monaten geschildert wurde ¹⁾ hat sich seitdem nichts Wesentliches geändert: Die konjunkturelle Expansion dauert an, ihr Tempo beginnt jedoch allmählich langsamer zu werden. Der Höhepunkt des im Sommer 1963 eingesetzten Konjunkturaufschwungs scheint im Laufe des zu Ende gegangenen Jahres erreicht worden zu sein. Nicht zu übersehen sind jedenfalls die Anzeichen einer sich langsam anbahnenden Abschwächung.

In ihrem gemeinsamen Bericht über „Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1965“ (u. a. erschienen im Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 15. Oktober 1965) haben die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute schon für das 2. Halbjahr 1965 im Vergleich zum 1. Halbjahr etwas niedrigere Jahres-Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts sowie seiner wichtigsten Teilgrößen (Verbrauch, Investitionen u. a.) geschätzt. Zahlenangaben über die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für das volle Jahr 1965 konnten zur Zeit der Abfassung dieses Berichts²⁾ noch nicht vorliegen. Es kann aber angenommen werden, daß im Jahre 1965 in der Bundesrepublik (einschließlich West-Berlin) ein Bruttosozialprodukt im Werte von 449 bis 450 Mrd. DM erarbeitet worden ist. Gegenüber 1964 beträgt die Zunahme etwa 35 Mrd. DM oder rund 8,5 vH; in dieser *nominalen* Rate sind die Preissteigerungen enthalten. Wird der Anstieg des Preisniveaus von 1964 bis 1965 ausgeschaltet, errechnet sich eine *reale* Wachstumsrate von knapp 5 vH, die fast völlig auf den Produktivitätsfortschritt zurückzuführen ist. Im Jahre 1964 waren die Zuwachsraten mit *nominal* 9,7 vH und *real* 6,3 vH größer gewesen.

In den großen Nachfragebereichen unserer Volkswirtschaft haben sich im Jahre 1965 die folgenden Entwicklungslinien ergeben: Für den *privaten Verbrauch* wurden gegenüber 1964 etwa 9,5 vH mehr ausgegeben, und der *öffentliche Verbrauch* nahm um ungefähr 10,5 vH zu. Den größten Zuwachs hatten die Ausgaben der Unternehmer für *Ausrüstungsinvestitionen*, sie stiegen von 1964 bis 1965 um annähernd 13 vH an, während sich die *Bauinvestitionen* nur um etwa 7 vH erhöhten.

1) GM 11/1965, S. 680.

2) Dieser Bericht wurde am 9. Dezember 1965 abgeschlossen. Bis dahin lagen Angaben über den Außenhandel sowie über die Auftragslage und die Produktion in der Industrie erst bis zum Oktober 1965 vor.

Daß, von den Bauinvestitionen abgesehen, die anderen drei großen Nachfragekomponenten stärker als der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt (etwa 8,5 vH) wachsen konnten, liegt an dem starken Rückgang des Ausfuhrüberschusses, d. h. der Netto-Anforderungen des Auslands an unsere Volkswirtschaft. Hierüber liegen für die ersten zehn Monate des Jahres 1965 genaue Zahlenangaben vor. In diesem Zeitraum wurden Waren für 57,7 Mrd. DM eingeführt und für 58,4 Mrd. DM ausgeführt. Die Einfuhr nahm im Vergleich zu dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1964 mit einer Zuwachsrate von 21,1 vH mehr als doppelt so stark zu wie die Ausfuhr, die sich aber immerhin auch um 9,8 vH ausweiten konnte. Infolge des schnelleren Wachstums der Einfuhr schrumpfte der Ausfuhrüberschuß von 5,42 Mrd. DM in den Monaten Januar bis Oktober 1964 auf 683 Mill. DM im gleichen Zeitraum 1965 zusammen.

Dabei hatte sich in den ersten fünf Monaten des Jahres 1965 noch ein Ausfuhrüberschuß in Höhe von 1,36 Mrd. DM ergeben. Im Juni war dagegen die Einfuhr zum erstenmal seit vielen Jahren größer als die Ausfuhr gewesen; dieser Vorgang wiederholte sich in den Monaten August und September, während im Juli und Oktober wiederum — allerdings mit 122 bzw. 66 Mill. DM relativ geringe — Ausfuhrüberschüsse erzielt wurden. Insgesamt übertraf die Einfuhr im Zeitraum Juli bis Oktober die Ausfuhr um 675 Mill. DM.

Das Verschwinden der Ausfuhrüberschüsse in den letzten Monaten ist in der Öffentlichkeit vielfach als ein bedrohliches Zeichen für eine rasch schlechter werdende Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beklagt worden. Sorgen dieser Art sind indessen vorerst unberechtigt. Jahrelang waren die Ausfuhrüberschüsse als eine Hauptquelle der Preissteigerungen angesehen worden. Wenn diese Quelle nun seit einigen Monaten — und sicherlich nicht auf die Dauer — versiegt ist, besteht kein Anlaß, dies sogleich zu beklagen. Im letzten Bericht zur Wirtschaftslage zitierten wir bereits eine Stellungnahme des Bundeswirtschaftsministeriums vom 28. September 1965 (GM 11/1965, S. 682), wonach die Passivierung der Handelsbilanz zur Zeit „unter preispolitischen Gesichtspunkten sogar erwünscht“ sei, und in der festgestellt wurde, daß der Preisauftrieb sonst größer gewesen wäre. Unsere reichlichen Währungsreserven erlaubten zudem eine „mäßige und zeitlich begrenzte Passivierung der Handelsbilanz“. Vom Mai bis zum Oktober 1965, also in der Zeit, in der Einfuhrüberschüsse an die Stelle der Ausfuhrüberschüsse traten, haben sich die Gold- und Devisenbestände nur um 258 Mill. DM verringert, sie erreichten Ende Oktober 1965 immer noch die respektable Höhe von 28,8 Mrd. D-Mark.

Eine genauere Betrachtung des Außenhandels im vergangenen Jahr läßt die Erwartung aufkommen, daß die Einfuhrüberschüsse schon recht bald wieder von Ausfuhrüberschüssen abgelöst werden, die allerdings nicht mehr die seit Jahren gewohnte Höhe erreichen werden. Für diese Annahme spricht insbesondere, daß die Umkehr unseres Außenhandelssaldos vor allem auf rückläufige Konjunkturbewegungen und sogar eine zeitweilige Stagnation in Frankreich und Italien sowie auf konjunkturdämpfende Maßnahmen in den Niederlanden zurückzuführen ist, wie aus folgender Berechnung hervorgeht: Die Außenhandelsbilanz hatte sich im 2. und 3. Vierteljahr 1965 gegenüber dem gleichen Vorjahrszeitraum um gut 3,1 Mrd. D-Mark verschlechtert (480 Mill. DM Einfuhrüberschuß statt 2,66 Mrd. DM Ausfuhrüberschuß). Dabei war im Außenhandel mit Frankreich, Italien und den Niederlanden allein eine Verschlechterung um reichlich 2,6 Mrd. D-Mark eingetreten (1,5 Mrd. DM Einfuhrüberschuß an Stelle von 1,1 Mrd. DM Ausfuhrüberschuß). Betrachtet man das 3. Vierteljahr 1965 für sich, dann entsprach die Verschlechterung der gesamten Handelsbilanz gegenüber dem 3. Vierteljahr 1964 in Höhe von 1,1 Mrd. DM sogar völlig der Verschlechterung, die allein im Handel mit diesen drei EWG-Ländern eingetreten war. Dagegen hat sich der Außenhandel mit den übrigen Ländern im ganzen nicht verschlechtert.

„Die Erholung der Wirtschaftstätigkeit in Italien und Frankreich läßt“, wie auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (in seinem Wochenbericht vom 12. November 1965) meint, „erwarten, daß 1966 von dorthier wieder stärkere Impulse auf die deutsche Ausfuhr ausgehen werden.“ Erstmals stieg die Ausfuhr nach Italien im 3. Vierteljahr 1965 gegenüber dem gleichen Vorjahrsquartal wieder — um 7 vH — an, nachdem sie noch im 1. Vierteljahr innerhalb Jahresfrist um 21,6 vH abgesunken war. Im ganzen lag die Ausfuhr in den Monaten Juli bis Oktober 1965 um 10,4 vH über der in der gleichen Vorjahrszeit, und auch die Exportaufträge der Industrie waren im 3. Vierteljahr 1965 um ein Zehntel höher als ein Jahr zuvor.

Die Lage und die Aussichten unserer Exportwirtschaft sind also alles andere als besorgniserregend. Nichts deutet darauf hin, daß die führende Stellung der Bundesrepublik im Export in Gefahr ist; die hohen Anteile der Bundesrepublik am Weltexport (1964 mit 9,5 vH an zweiter Stelle hinter den USA mit 15,3 vH und vor Großbritannien mit 7,2 vH) sowie vor allem am Industriewarenexport der bedeutendsten Weltindustrielländer (1964 mit 21,1 vH hinter den USA mit 24,4 vH und vor Großbritannien mit 12,7 vH) werden sich 1965 kaum verändert haben. Diese erfreulichen Tatsachen stehen im Gegensatz zu dem Zweckpessimismus, der zur Zeit, wegen ge-

werkschaftlicher Lohn- und Gehaltsforderungen, über die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf den Auslandsmärkten verbreitet wird.

Richtig ist allerdings, daß die Auslandskonkurrenz auf einer Reihe von Inlandsmärkten schärfer geworden ist. Wer den Wettbewerb und die Marktwirtschaft bejaht, kann dies eigentlich nur begrüßen. Freilich sollte der ausländische Konkurrent nicht durch staatliche Maßnahmen Preisvorteile erhalten, wie es offenbar bei Waren aus Frankreich der Fall ist, für die der französische Unternehmer die Umsatzsteuer in Höhe von 20 vH zurückerstattet erhält, während sie bei der Einfuhr in die Bundesrepublik gewöhnlich nur mit 6 vH Umsatzausgleichsteuer belastet werden. Die äußerst hohen Zuwachsraten der Einfuhr aus Frankreich und Italien, die — neben der Abschwächung bzw. dem Rückgang unserer Ausfuhr — die Ursachen der erwähnten Verschlechterung unserer Handelsbilanz mit diesen Ländern sind, hängen, soweit sie nicht wie in Frankreich auf staatlich verursachten Wettbewerbsvorteilen beruhen, ebenfalls mit der Konjunkturabschwächung und der Stagnation in Frankreich und Italien zusammen. Nachdem diese von einer Konjunkturerholung abgelöst worden sind, wird künftig wahrscheinlich auch die Einfuhr aus diesen Ländern nicht mehr so stark zunehmen. Das trifft für die anderen EWG-Länder ebenfalls zu. Bereits im Verlaufe des Jahres 1965 verlangsamte sich das stürmische Tempo der Einfuhr aus allen EWG-Ländern von einer Zuwachsrate von 43,3 vH im 1. Vierteljahr bis auf 29 vH im 3. Vierteljahr.

Dementsprechend werden künftig auch bei der gesamten Einfuhr aus allen Ländern nicht mehr so extrem hohe Zuwachsraten zu erwarten sein. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung rechnet für das neue Jahr 1966 sogar damit, „daß die Einfuhr auf dem erreichten hohen Niveau . . . wieder ungefähr im gleichen Tempo wie das Sozialprodukt zunehmen wird, während die in den letzten Monaten zu beobachtende Belebung bei der Ausfuhr anhalten und 1966 zu Wachstumsraten von 9 bis 10 vH führen wird. Für eine Beeinträchtigung der deutschen Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt fehlt jedes Indiz“.

Gute Aussichten für 1966

Überhaupt erwartet das Institut in der von ihm vorgenommenen Vorausschau auf die „Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1966“ (Wochenbericht des Instituts vom 5. November 1965) ein ausgeglicheneres Verhältnis zwischen den großen Nachfrageströmen in unserer Volkswirtschaft. Es nimmt an, daß 1966 sowohl der private Verbrauch und der öffentliche Verbrauch als auch die Bauinvestitionen ungefähr im gleichen Tempo wie das *nominale*

— den Preisanstieg enthaltende — Brutto-sozialprodukt wachsen werden, nämlich jeweils um etwa 8 vH. Lediglich für die Aus-rüstungsinvestitionen wird ein etwas über dem Durchschnitt liegender Zuwachs in Höhe von 9 vH vorausgeschätzt. Die Lohn- und Gehaltssumme des Jahres 1966 wurde in dieser Vorausschau um 9 vH höher angesetzt als 1965, wobei 1 vH auf Mehrbeschäftigung und 8 vH auf die durchschnittliche Lohn- und Gehaltserhöhung je Arbeitnehmer entfallen.

Die von dem Institut angenommenen Grund-linien der Wirtschaftsentwicklung im neuen Jahr decken sich im wesentlichen mit der Prognose, die die führenden deutschen Wirt-schaftsforschungsinstitute in ihrem bereits er-wähnten — unter Teilnahme des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung erarbeiteten - Gemeinschaftsbericht über die Wirtschaftslage im Herbst 1965 gegeben haben. Diese Prognose ist allerdings im ganzen etwas vorsichtiger, indem die Zuwachsraten fast durchweg um 0,5 bis 1 vH niedriger angegeben werden.

Übereinstimmend wird jedoch angenommen, daß auch im neuen Jahr der Preisauftrieb hoch sein wird, wenngleich auch mit einer geringen Abschwächung im Vergleich zu 1965 gerechnet wird. Immerhin entfallen in beiden Voraus-schätzungen rund zwei Fünftel des Sozialpro-duktszuwachses auf den Preisanstieg. *Real*, bei Ausschaltung der Preissteigerungen, wird mit einer Zunahme des Brutto-sozialprodukts um etwa 4,5 vH gerechnet.

Preisauftrieb war seit Jahren nicht mehr so stark

Seit langem war der Preisauftrieb nicht mehr so stark wie im Jahre 1965. Kein Wunder, daß die Preisentwicklung in diesen Wochen im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Diskus-sion steht. Der Preisindex für die Lebenshal-tung war im 3. Vierteljahr sowie auch im Oktober und November 1965 um knapp 4 vH höher als in den gleichen Vorjahrszeit-räumen. Die Lebenshaltung der Rentner und Sozialhilfeempfänger ist noch stärker von den Preissteigerungen betroffen worden; sie ver-teuerte sich um mindestens 4,5 vH. Neben den Mieten sind die Nahrungsmittelpreise am stärksten — und auf breiter Front — gestie-gen. Von 17 Nahrungsmitteln, die z. B. in einem Bericht über die Entwicklung der Ver-braucherpreise in der *frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 1. Dezember 1965 aufgeführt werden, waren die Preise nur bei einer Posi-tion gesunken und bei drei gleichgeblieben, während die Hausfrauen für alle übrigen Nahrungsmittel im November 1965 mehr be-zahlen mußten als ein Jahr zuvor. Leidtra-gende der Teuerungswelle sind nicht zuletzt auch die Sparer. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband hat ausgerechnet, daß allein

die bei den Sparkassen von Arbeitnehmern und kleineren Gewerbetreibenden gehaltenen Spareinlagen in Höhe von 32 Mrd. DM durch den Preisanstieg im Laufe eines Jahres einen realen Vermögensverlust von rund 1,2 Mrd. D-Mark erlitten haben.

Wenn man objektiv danach sucht, worauf der starke Preisanstieg zurückzuführen ist, sollte man gewiß nicht nur nach einer Seite sehen; es gibt sicherlich mehr als eine Ursache dafür. Aber so wie die Dinge liegen, wird man am wenigsten die Gewerkschaften für den Preisauftrieb verantwortlich machen können, obwohl in gewohnter Weise auch jetzt wieder versucht wird, der Lohn- und Gehaltspolitik den „Schwarzen Peter“ zuzuschieben. Indessen hat der *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung* in sei-nem jüngsten Jahresgutachten den Gewerk-schaften ausdrücklich bescheinigt, daß sie keine aggressive Lohn- und Gehaltspolitik betrieben haben; ihre Forderungen hätten sich vielmehr 1965 in vertretbaren Grenzen gehalten. An der im Jahre 1965 größer gewordenen Spanne zwischen den von den Arbeitgebern effektiv gezahlten und den tariflich vereinbarten Löh-nen und Gehältern zeige sich, daß gegenwärtig der Sog, der vom Kräftebedarf her ausgehe, größer sei als der Druck der gewerkschaftli-chen Tarifforderungen. Ein sicheres Zeichen für die Richtigkeit dieser These sind die überall zu beobachtenden Abwerbungsversuche der Arbeitgeber mit Lohn- und Gehaltsüberbie-tungen³⁾.

Soweit sich bei der Abfassung dieses Berichts bereits übersehen ließ, dürfte die Kaufkraft der Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer im Jahre 1965 in einem Ausmaß erhöht worden sein, das annähernd dem Produktivitätsfort-schritt entspricht. Niemand hat das Recht, den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften einen Vorwurf daraus zu machen, daß die Erhöhung der Nominallöhne im Ausmaß der Teuerungs-rate über den Produktivitätszuwachs hinaus-geht, solange die Bundesregierung nicht nur keine aktive Preis- und Konjunkturpolitik be-treibt, sondern sogar selber durch ihre Agrar-schutz-, Mieten- und Haushaltspolitik entschei-dend zum Preisaufstieg beiträgt.

Der Sachverständigenrat hat der Bundesre-gierung vorgehalten, daß sie es, abgesehen von einigen Zollsenkungen und der Kuponsteuer, an wirksamen konjunkturpolitischen Maßnah-men habe fehlen lassen. Im Jahre 1965 wären die Haushalte des Bundes, aber auch der ande-ren öffentlichen Gebietskörperschaften, zu stark ausgeweitet worden.

In der Tat hat die Bundesregierung 1965 al-les andere als eine konjunkturstabilisierende

3) Das Jahresgutachten war bei Abfassung dieses Be-richts noch nicht veröffentlicht. Durch Indiskretion waren aber einige Auszüge aus diesem Gutachten be-kanntgeworden.

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Finanzpolitik betrieben. Ihr Blick war statt dessen auf die Bundestagswahl gerichtet. Das war der Grund, weshalb die Bundesregierung und die Bundestagsmehrheit die Senkung der Einkommensteuertarife nicht, wie es konjunkturpolitisch richtig gewesen wäre und wie ihr wirtschaftswissenschaftliche Institute geraten hatten, zu Beginn des Jahres 1964 vornahm, sondern erst Anfang 1965, als es aus der Sicht der antizyklischen Finanzpolitik falsch war. Und das war der Grund, weshalb die Regierungskoalition im Laufe des ersten Halbjahrs 1965 Ausgabenbeschlüsse in Höhe von vielen Milliarden D-Mark durchsetzte, obwohl dafür nicht ein einziger Pfennig Deckung vorhanden war.

Die Verantwortung für diese „Wahlgeschenke“, wie sie nicht zu Unrecht in der Öffentlichkeit genannt werden, liegt eindeutig bei der Bundesregierung. Eine Untersuchung des Bundesfinanzministeriums ergab, daß im 1. Halbjahr 1965 der Bundestag 56 ausgabenwirksame Gesetze beschlossen hatte, die den Bundeshaushalt 1966 mit rund 6 Mrd. DM belasten würden. Von diesen gesetzlichen Belastungen entfielen allein fast die Hälfte, nämlich 2,94 Mrd. DM, auf Regierungsvorlagen, 1,05 Mrd. DM auf Anträge der CDU/CSU, 780 Mill. DM auf Entwürfe der Koalitionsparteien und 1,18 Mrd. DM auf gemeinsame Anträge aller drei Bundestagsfraktionen.

Der Bundeskanzler trägt die Verantwortung für die Finanzmisere des Bundes

Bundeskanzler Prof. Erhard tut heute so, als wenn er gar keine Verantwortung daran hätte, daß im Frühjahr 1965 die Ausgabenflut über die Ufer des Bundeshaushalts trat. Er beschränkte sich damals darauf, in öffentlichen Reden — freilich nicht im Bundestag — hierfür „maßlose Gruppeninteressen“ verantwortlich zu machen. Indessen hat der Bundeskanzler, der die Richtlinien der Politik zu bestimmen hat, weder im Bundestag den Abgeordneten vorgerechnet, welche Finanzmisere dem Bundeshaushalt droht, wenn die Gesetze beschlossen werden, noch versagte er der großen Gebefreudigkeit seine Zustimmung. Dazu wäre er nach Artikel 113 des Grundgesetzes berechtigt gewesen. Selbst als schon genau zu übersehen war, daß für die Ausgaben keine Deckung vorhanden sein werde, verzichtete die Bundesregierung am 12. August 1965 bei einer Reihe von Gesetzen mit jährlichen Ausgaben in Höhe von rund 2 Mrd. DM auf ihr Veto. Ihre Begründung, daß sie dann auch dem Teil der Gesetze, den sie selbst eingebracht hatte, ihre Zustimmung hätte versagen müssen, ist eine Ausrede. Niemand hätte die Regierung davon abhalten können, angesichts der mißlichen Finanzlage auch die ursprünglich von ihr eingebrachten Vorlagen vorerst nicht Gesetz werden zu lassen. Der bekannte Staatsrechtler

Prof. Theodor Eschenburg hat kürzlich darauf hingewiesen, daß der Bundeskanzler und sein Finanzminister sogar nach der Reichshaushaltsordnung von 1923, die heute noch gilt, jedes mit Ausgaben verbundene Gesetz bereits im Entstehen verhindern können.

Freilich nur dann, wenn sie es wollen. Der Wille hierzu war aber nicht vorhanden, weil man vor der Bundestagswahl auf Zuwendungen für größere Bevölkerungskreise nicht verzichten zu können glaubte. Das ist die Vorgeschichte des im Dezember 1965 von der Regierungskoalition beschlossenen „Haushaltssicherungsgesetzes“, durch das die vor der Bundestagswahl gegebenen Zusagen zum Teil wieder rückgängig gemacht wurden. Dieses Verfahren „grenzt an eine Bankrotterklärung der bisherigen Politik“, urteilt hierüber sogar die — gewiß dem Bundeskanzler wohlgesonnene — führende Wirtschafts- und Finanzzeitung *Der Volkswirt*.

Das Haushaltssicherungsgesetz ist Teil eines rigorosen Sparprogramms, durch das ein hauptsächlich infolge der leichtfertigen Beschlüsse des Frühjahr und Frühsommers 1965 drohendes Defizit in Höhe von vielen Mrd. D-Mark im Bundeshaushalt 1966 verhindert werden soll. Insgesamt müssen nicht weniger als 7,2 Mrd. DM eingespart werden. Neben dem Haushaltssicherungsgesetz, das bereits bestehende Gesetze so ändert, daß 2,9 Mrd. DM eingespart werden können, wurden 2,2 Mrd. D-Mark durch einen Kabinettsbeschluß vom 2. November 1965 gekürzt; die restlichen 2,1 Mrd. DM sollen vom Bundesfinanzminister in Verhandlungen mit den Fachministern gestrichen werden. An welchen Stellen diese Streichungen zusätzlich zu den bereits gekürzten 5,1 Mrd. DM erfolgen sollen, ohne daß die Aufgabenerfüllung des Bundes erheblich beeinträchtigt wird, ist noch völlig offen. Es ist auch noch keineswegs ausgeschlossen, daß nicht doch noch zum Ausgleich des Bundeshaushalts über die ab 1. Januar 1966 wirksame Heraufsetzung der Schaumwein- und der Trinkbranntweinsteuer hinaus weitere spürbare Steuererhöhungen mit der Folge von Preiserhöhungen vorgenommen werden müssen. Ohnehin werden die bereits beschlossenen Sparmaßnahmen, sei es direkt oder indirekt, verschiedentlich zu höheren Preisen führen, z. B. zu einer Heraufsetzung der Fahrpreise bei der Bundesbahn ab 1. April 1966.

Noch schlimmer als die Schwierigkeiten, jetzt den Bundeshaushalt auszugleichen, ist jedoch der Vertrauensschwund, den die Bundesregierung durch ihre leichtfertige Ausgabenpolitik im Frühjahr 1965 erlitten hat. Wie ernst kann eine solche Regierung genommen werden, wenn sie das Volk und seine Gruppierungen aufruft, in den Anforderungen an das Sozialprodukt verantwortungsbewußt zu sein und maßzuhalten?

Günter Pehl